



Quelle: Adobe

Private Altersvorsorge 2027: Flexibilität gegen Vertrauen

Dirk Stein

Während die Alterssicherungskommission noch ihre Arbeit aufnimmt, hat das Bundeskabinett Fakten geschaffen: Die private Altersvorsorge wird reformiert. Ein neues Depotmodell, steuerlich gefördert und renditestärker, soll die Riester-Rente ersetzen. Damit verschiebt sich die Verantwortung für den Lebensstandard im Alter weiter auf das Individuum – allerdings unter staatlicher Anleitung.

Drei Säulen, unterschiedliche Stabilität

Das deutsche Rentensystem basiert auf einem Drei-Säulen-Modell: gesetzlich, betrieblich, privat. Doch die Balance ist gestört. Die gesetzliche Rente steht unter demografischem Druck, die betriebliche Altersvorsorge bleibt heterogen, die private Vorsorge wurde – vor allem durch die Riester-Rente – zum Symbol verpasster Erwartungen. Hohe Kosten, geringe Transparenz und ein gebrochener Vertrauensanker führten zu stagnierenden Abschlusszahlen.

Die Reform der privaten Altersvorsorge ist daher nicht nur ein Produktdesign, sondern eine Reaktion auf strukturelles Misstrauen. Sie adressiert nicht primär ökonomische Knappheit, sondern psychologische Distanz: Wer privat vorsorgen soll, muss erst überzeugt werden, dass sich Vorsorge lohnt.

Die neue Architektur: Kapitalmarkt statt Garantie

Kern der Reform ist ein „Altersvorsorgedepot“ ohne Garantiepflicht – mit Zugang zu renditestarken Kapitalanlagen, etwa ETFs. Zugleich soll ein Standardprodukt mit niedrigen Kosten und klarer Struktur Orientierung schaffen. Die Förderung wird vereinfacht: bis zu 480# Euro Zulage pro Jahr, zusätzlich Kindergeld-Zulagen und ein Berufseinstiegsbonus. Der Wechsel zwischen Anbietern soll erleichtert, bestehende Riester-Verträge jedoch nicht angetastet werden.

Die Auszahlung wird flexibilisiert: Lebenslange Renten bleiben möglich, aber auch Zeitrenten – also befristete Entnahmen. Die individuelle Gestaltung ersetzt das starre Leistungsversprechen.

Politische Codierung: Vertrauen durch Gestaltungsspielraum?

Die neue private Altersvorsorge ist nicht nur eine Finanzinnovation, sondern ein politisches Signal: Staatliche Verantwortung wird nicht abgebaut, sondern anders verteilt. Die Förderung bleibt, doch die Steuerung verlagert sich. Statt Regulierung gibt es Rahmenbedingungen, statt Garantie mehr Eigenverantwortung.

Ob das Vertrauen zurückkehrt, hängt nicht vom Produkt allein ab. Entscheidend ist, ob Bürgerinnen und Bürger die neue Vorsorge als nachvollziehbar, verlässlich und kompatibel mit ihrer Lebensrealität erleben. Die Öffnung für Kapitalmarktprodukte bietet höhere Chancen – aber auch sichtbare Risiken.

Sozialstruktur und Renditerisiko

Die Flexibilisierung der privaten Altersvorsorge ist ökonomisch nachvollziehbar, aber sozial asymmetrisch: Wer mehr verdient, profitiert stärker. Wer wenig verdient, bleibt auf staatliche Zulagen und geringe Spielräume angewiesen. Die Förderung ist einkommensunabhängig, aber nicht sozialproportional.

Gleichzeitig bleibt unklar, wie kapitalgedeckte Produkte künftig bewertet, kontrolliert und reguliert werden – gerade in volatilen Märkten. Die Stärkung des Kapitalmarktzugangs bedeutet auch: Die individuelle Vorsorge wird empfindlicher gegenüber makroökonomischen Schwankungen.

Neu, aber nicht neutral

Die neue private Altersvorsorge ist flexibler, transparenter und potenziell leistungsfähiger als ihr Vorgänger. Doch sie verlagert Verantwortung auf ein System, das Vertrauen erst zurückgewinnen muss. Ob ein Standardprodukt und steuerliche Anreize dafür ausreichen, ist offen.

Die Botschaft des Staates ist klar: Eigeninitiative wird belohnt. Aber die Frage bleibt, ob strukturelle Risiken durch individuelle Entscheidungen aufgefangen werden können.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4947532/private-altersvorsorge-2027-reform-rendite-vertrauen/>